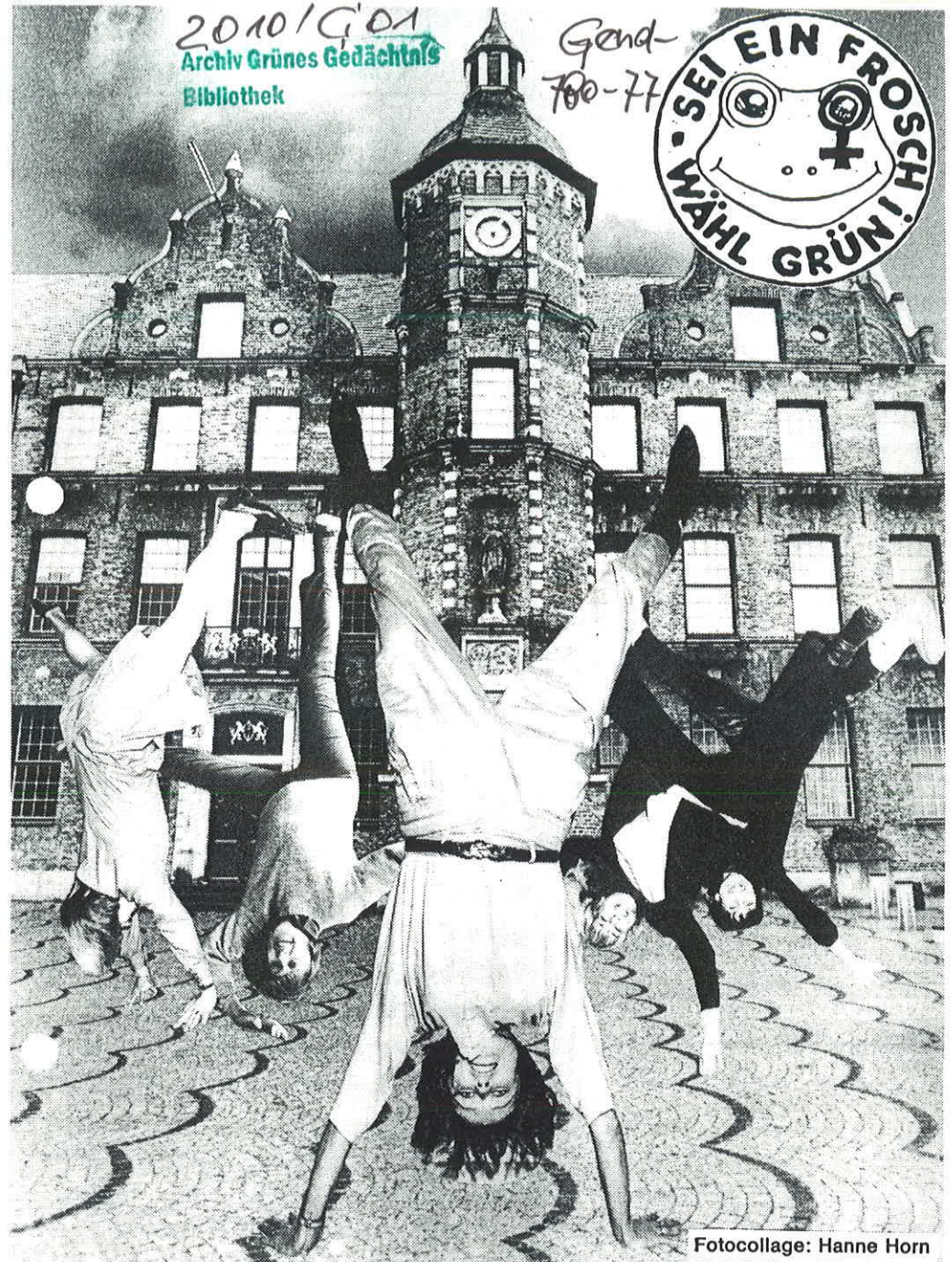


2010/G'01
Archiv Grünes Gedächtnis
Bibliothek

Gend-
700-77



Fotocollage: Hanne Horn

Frauen ins Düsseldorfer Rathaus

über die offene Liste 84 der Grünen

Kurzfristige Förderungen

Langfristige Förderungen
(sind unterstrichen)

Kostenlose Untersuchung der Muttermilch auf Schadstoffe

Untersuchung des Trinkwassers auf Schwermetalle und Nitrate, zur Zubereitung künstlicher Babynahrung

Kostenlose Rechtsberatung

Zwischen Beruf und Familie wählen zu müssen, ist unzumutbar, für Männer wie für Frauen, nur Männer werden meist nicht vor die Wahl gestellt.

Keine finanzielle Abhängigkeit von einer anderen Person

Jugendamt, Sozialamt, Wohngeldstelle, Amtsgericht, Einwohnermeldeamt; Eine Anlaufstelle für Ansprüche aus verschiedenen Berechtigungsstatbeständen

Grundgehalt für jeden Menschen, unabhängig von Erwerbsarbeit

Dezentralisation von Verwaltung

Keine Verkehrsführung, die Fußgänger unter die Erde verbannt

"Frauen ins Düsseldorf-Rathaus", (siehe S.) damit die Geschichte der Monika A. nicht eine unendliche Geschichte wird

Monika A. ist verheiratet und wird schwanger. Sie gibt ihren Beruf als Sekretärin auf, um für das Kind zu sorgen. Kurz nach der Geburt ihrer Tochter wird ihre Ehe geschieden. Ihr Mann zahlt keinen Unterhalt.

Um überleben zu können, muß Monika öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen. Sie wohnt auf dem Rotdornweg in Rath. Sie muß zu den Ämtern fahren. Sie hat ihr Kind um 9 Uhr gestillt und gewickelt. Es bleiben etwa drei Stunden bis zur nächsten Mahlzeit.

Sie fährt mit der Linie 701 zum Wilhelm Marx Haus. Sie trägt ihr Kind auf dem Arm, denn mit dem Kinderwagen kommt sie nicht ohne fremde Hilfe in Busse und Bahnen und keine Unterführung rauf und runter.

Mit dem Kind auf dem Arm steht sie in Schlangenwartender Menschen auf den Ämtern, - stundenlang. Das Kind wird unruhig und Monika wird schief angesehen: "Sorgen Sie gefälligst dafür, daß Ihr Kind ruhig ist, müssen Sie denn unbedingt Ihr Kind mitbringen."

Es stellt sich heraus, daß Monika die eheliche Wohnung nicht halten kann. Mit ihrem Kind stehen ihr nur 60qm zur Verfügung, die vom Sozialamt durch Wohngeld und Sozialhilfe finanziert werden.

Sie geht auf Wohnungssuche, aber niemand will ihr eine Wohnung vermieten: Sie hat alle Nachteile, die Wohnungssuchende nur haben können. Sie ist alleinstehend, jung, Frau, mittellos und mit Kind.

Monika tut sich mit einer Freundin zusammen, die ebenfalls alleinstehend ist und ein Kind hat. Sie würden gemeinsam eine große Wohnung mieten, sich in der Kin-

Forderung eines Ausweises, der die Mietgarantie ausweist.

GG Art. 3: Keiner darf ... benachteiligt werden! Forderung einer Leitstelle zur Gleichberechtigung der Frau

Gleichberechtigung nicht als Schutzforderung von Frauen, sondern als Emanzipationsanspruch von Menschen

Forderung des Wohnungsbaus speziell für Frauen u. Kinder mit gemeinsamen Sozialeinrichtungen wie Küche, Aufenthalts- und Spielräume

Anspruch auf Zusammenlegung von Wohnberechtigungsscheinen

Die lebensnotwendige Veränderung des Bestehenden. Bedarf kreativer neuer Formen des Zusammenlebens. Der Staat darf keine Formen des Zusammenlebens begünstigen oder benachteiligen

Mehr Krippenplätze

Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern bei der Gestaltung und Betreuung. Keine Elternbeiträge für die Unterbringung der Kinder im Krabbel-, Kindergarten und Hortbereich (1982 von der SPD angekündigt. Seitdem sind

die Beiträge um 200% angehoben.)

Unterstützung von Eltern-
initiativen

Stadtteilzentren mit Räumen
für Frauen und Kinder in auto-
nomer Selbstverwaltung, um
eventuell kollektive Haushalts-
führung zu ermöglichen. Für
Kinder Räume zum Spielen und
Treffen bei schlechtem Wetter

Ganzheitliche Erlebnis- und
Erfahrungszusammenhänge für
Kinder herstellen. Mehr mit
Kindern zusammensein, mehr
von Kindern lernen

Aufhebung der Trennung von
Privatheit und Öffentlichkeit

derbetreuung abwechseln.
Die Wohnberechtigungsschei-
ne aber lassen sich nicht
auf große Wohnungen anrech-
nen. Der Plan, der den bei-
den Frauen das Leben er-
leichtert hätte, muß aufge-
geben werden.

Nach einem Jahr möchte Mo-
nika dem Leben der Sozial-
hilfeempfängerin entgegen-
und wieder arbeiten. Sie
sucht nach einem Krippen-
platz, findet aber keinen.
Es gibt nur knapp 50 Plätze
in Düsseldorf und die sind
auf Jahre ausgebucht. Eine
private Betreuung könnte
sie sich von dem Gehalt
nicht leisten. Tagesmütter
gibt es auch nicht mehr. Ihr
bleibt nichts anderes übrig,
als zu Hause zu bleiben und
weiter von der Sozialhilfe
zu leben. Sie hofft auf den
Tag, da ihr Kind drei Jahre
alt ist und eine Kindertages-
stätte besuchen kann. Sie
wird kontaktarm, entwickelt
Minderwertigkeitsgefühle,
trinkt.

Unterdessen sind in den Bü-

ros neue Datenverarbeitungs-
systeme eingeführt worden.
Als Monika wieder in ihrem
Beruf arbeiten will, findet
sie keinen Job. Das Arbeits-
amt empfiehlt ihr einen
Fortbildungskurs in Daten-
verarbeitung. Die VHS bietet
einen an: 12 mal abends von
20-22 Uhr. Was macht sie
nun allwöchentlich mit ihrem
Kind? Neben den Kursge-
bühren muß sie von der So-
zialhilfe noch einen Baby-
sitter bezahlen.

Nach dem Kurs muß sie die
S-Bahn benutzen. In dunklen
Ecken an Bahnhöfen, Unter-
führungen und Straßen hat
sie Angst.

Im Kurs lernt sie einen jun-
gen Mann kennen, der bei
den Grünen ist und in Heerdt
wohnt. Wenn sie zusammen
sein wollen, muß er zu ihr
kommen, denn sie kann ihr
6jähriges Kind nicht allein
lassen. Ihr Freund muß sich
heranschleichen. Trotzdem
steht eines Morgens um 7 Uhr
der Sozialarbeiter vor der
Tür: "Haben Sie hier geschla-

Gleicher Lohn für gleiche Ar-
beit. Gleiche Ausbildungs- und
Arbeitsmöglichkeit. Quotierung
der öffentlichen Stellen

Drastische Verkürzung der
Erwerbsarbeit mit dem Ziel,
daß Männer und Frauen gleicher-
maßen an der Haushaltsführung
und der Kindererziehung
beteiligt sind

Grundgehalt für jeden Menschen,
unabhängig von Erwerbsarbeit

Kürzerer Takt für Verkehrs-
mittel. Dichteres Netz für Nah-
verkehrsmittel. Nachts für
Frauen Taxis zum Fahrschein-
tarif

Auflösung der Gesellschafts-
strukturen, die immer Gewalt
an Frauen hervorbringen

Keine Kontrolle der Lebensver-
hältnisse durch das Sozialamt

fen?" Er droht ihm mit einer Beteiligung an der Miete.

Sie interessiert sich sehr für seine Parteiarbeit. Von einer eigenen Teilnahme am öffentlichen Leben wagt sie aber gar nicht zu träumen. Wenn sie Zeit hätte, würde sie sich gerne gegen Waldsterben, Luftverschmutzung und den neuen Flächennutzungsplan einsetzen, von dem sie im Grünen Morgen gele- sen hat.

Zumindest versucht sie, die eigene Lebensführung stärker ökologisch auszurichten. Sie bringt die Flaschen und das Altpapier in Container und sie hat den Konflikt, lieber Kosmetik ohne Tier- versuche zu benutzen und Waschpulver und Reinigungsmittel, die umweltfreundlich sind, kaufen zu wollen, es aber nicht bezahlen zu können, weil sie in der Regel zu teuer sind. Aber sie benutzt nur noch die Hälfte des herkömmlichen Waschmittels und wäscht fast alles auf 60°.

Verstärkte Aufklärung über ökologische Haushaltsführung

Weg von einer umweltzerstörenden Produktionsform. Hinwendung zu einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsführung

Ausreichende und gute Kinder- und Jugendeinrichtungen zum Null-Tarif

Wir sind gegen eine Überbewertung der Erwerbsarbeit. Wir bekommen Geld, wenn wir in ökologisch schädlicher Arbeit Gummibärchen und Plastiktüten herstellen und damit unsere Lebensgrundlagen zerstören. Die sinnvolle Arbeit, Kinder heranwachsen zu lassen, ist unbezahlte Arbeit.

Flexible und längere Öffnungszeiten für Kindertagesstätten

Elternteilbestimmung. Unterstützung freier Elterninitiativen

Mehr billigen Wohnraum dort wo die Arbeit ist

Die falsche Produktivität macht uns finanziell unabhängig, die richtige Produktion finanziell abhängig.

2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist unsichtbar und muß sichtbar gemacht werden

Wohnen und Arbeiten wieder lebensgerechter zusammenbringen

Aufhebung der Funktionstrennung in der Stadt in Gebiete, in denen Menschen ausschließlich erwerbstätig sein oder wohnen können. Entwicklung von Stadtteilen, in denen sämtliche Lebensfunktionen zu einer Einheit zusammengefaßt sind.

Endlich bekommt sie einen Job und einen Ganztagskindergarten.

Inzwischen wohnt sie in der Karlsruher Str. Ecke Harffstr. am Eller Friedhof. Ihre Tochter geht in den Hort Maria Jucharcz. Sie hat bis dorthin 20 Min. Fußweg oder 3 Bushaltestellen. Von der Tagesstätte zu ihrem Arbeitsplatz bei der LBS fährt sie 20 Min. mit der 718 und dann, nach 5 Min. Aufenthalt, 15 Min. mit der 709 und 5 Min. geht sie zu Fuß. Das macht 1 Std. 10 Min. Anfahrtsweg, wenn alles glatt geht. Der Kindergarten öffnet morgens aber erst um 8 Uhr, ein Notdienst ab 7.30 Uhr. Sie sucht eine Nachbarin, bei der sie ihr Kind um 6.45 abgeben kann.

Der Hort schließt um 16.00, ein Notdienst ist bis 16.30 da. Manchmal ordnet ihr Chef kurzfristig Überstunden an. Wer holt dann ihr Kind ab? Oft passiert es ihr, daß sie nicht pünktlich

Guten und erschwinglichen Wohnraum, um auf diesem Wege die hohe Belastung durch Pendler zu reduzieren

am Kindergarten ist. Sie zieht sich den Zorn der Kindergärtnerinnen zu, die ihre wegen unbezahlte Überstunden leisten müssen.

Dabei hat sie es ja noch gut: Ihre Freundin ist immer noch ohne Arbeit. Sie ist Verkäuferin. Für sie gibt es keine Möglichkeit, ihr Kind bis 18.30 Uhr unterzubringen.

Keine Altersbegrenzung beim
Unterhaltsvorschuß

Allmählich gelingt es Monika, ihr Leben zu regeln. Ihr Kind kommt in die Schule, und auch mit einem Hortplatz hat sie Glück gehabt. Nur ihr Kind mag nicht in den Hort gehen und läuft häufig einfach nach Hause. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als ihr geschiedener Mann erneut die Unterhaltszahlungen einstellt, werden die Hortgebühren massiv erhöht. Diesmal springt die Unterhaltsvorschußkasse nicht mehr ein. Ihr Kind ist mittlerweile 6 Jahre. Was nun?

Eines Morgens erwacht ihr Kind mit Fieber. Diagnose: Keuchhusten. Es dauert sechs

Wochen, bis ihr Kind Hort und Schule wieder besuchen kann. Monika nimmt ihren kostbaren Jahresurlaub, um ihr Kind zu betreuen, für die restliche Zeit muß sie eine Ganztagsbetreuung bezahlen. Keinen Urlaub und wieder Geldsorgen.

Monikas Tochter ist 10 Jahre alt und wird in die Gesamtschule am Kickweg eingeschult. Sie fährt mit dem Fahrrad dorthin.

Monika hat jeden Tag Angst, daß sie auf dem Schulweg verunglücken könnte, denn es gibt keinen Radweg. Zunächst lernt es reibungslos. Doch dann macht es immer seltener seine Schularbeiten und schwänzt schließlich sogar die Schule. Monika ermahnt ihre Tochter. Aber, da sie ganztags arbeitet, hat sie keine Möglichkeit, das Geschehen wirklich zu kontrollieren.

Eines Morgens stehen zwei Beamte des Ordnungsamtes vor der Tür und sagen, daß

Sichere Radwege im gesamten Stadtbereich. Verkehrspolitik, die sich an den schwächeren Verkehrsteilnehmern ausrichtet. (Fußgänger, Radfahrer) siehe Sonderblatt 2 der Grünen zur Kommunalwahl 84

Die Straße als Lebensraum zurückgewinnen

Kleinere Einheiten in den Schulen. Bessere personelle Ausstattungen der Schulen, nicht nur im Lernbereich. Kleinere Klassenverbände

Mehr Selbstverwaltung im Schulbereich

Der Staat darf keine moralische Instanz sein, die tadelt oder lobt.

das Kind die Schule nicht besuche. Monika fällt aus allen Wolken. Erst jetzt erfährt sie, welche Schwierigkeiten ihr Kind hat. Die Ordnungshüter drohen mit einem Bußgeld von 500,- DM.

Über Privates muß geredet werden! Frauen-Ohn(e)-Macht ist nicht Schicksal, liegt nicht daran, sich den falschen Mann ausgesucht zu haben.

Monika denkt das erste Mal in ihrem Leben, daß es nun zuviel sei mit den Ungerechtigkeiten, daß es nun genug sei und daß Schluß damit sein müsse.

Sie hat das Gefühl, sich wehren zu müssen. Sie ist randvoll mit Arbeit, versucht ihr Bestes und trotzdem immer nur Schuldgefühle. Sie ist auf der Suche nach Menschen, die ihre Erfahrungen teilen und trifft dabei auf eine Frauengruppe, zu der sie ihr Kind mitbringen kann.

In dieser Gruppe lernt sie zusammen mit anderen Frauen, daß ihre Schwierigkeiten nicht privates Schicksal sind, sondern an der Situation der Frauen in der Gesellschaft liegen. Andere Frauen leiden darunter ge-

nauso. Sie lernt, daß das Private politisch ist. Trotz ihrer Belastungen ist sie entschlossen, nicht mehr nur Be-troffene zu sein, sondern die Politik aktiv mitzugestalten.

Die Initiative, in der sie arbeitet, nennt sich "Frauen ins Düsseldorf-Rathaus". Sie wollen erstmalig ver-suchen, Kandidatinnen ins Rathaus und in die Bezirksvertretungen zu bringen. Zum Anderen arbeiten sie aber als eine ständige Gruppe politisch interessierter Bürgerinnen, die die städtische Politik beobachten werden und gemeinsam Ausschuß- und Ratssitzungen besuchen werden. Sie wollen sehen, wo sie Einfluß nehmen können, um endlich für Frauen in dieser Stadt etwas zu verän-dern.

Die Geduld der Frauen war bisher die Macht der Männer. Daher wollen die Frauen ungeduldig werden, und Monika ist dabei.

Das Private ist politisch.
Wenn auf den jeweiligen Arbeitsplätzen am Fließband, in den Büros, den Parlamenten Männer saßen, die neben ihrer Arbeit dort ihre Einkäufe selbst erledigen, ihr Essen kochen, ihre Wäsche selbst waschen, ihre Kinder selbst zum Kindergarten hinbringen und wieder abholen müßten, dann sähen diese Institutionen schon lange anders aus! *

'Unsere - nein besser Ihre - Gesellschaft, meine Herren, zerstört sich selbst. Sie vergiften sich - und auch uns Frauen - mit Abfällen, mit Atommüll. Sie verschwenden Rohstoffe, bedrohen sich gegenseitig und uns mit Massenvernichtungsmitteln, zerstören sich und unsere gemeinsame Umwelt systematisch mit einer Ignoranz, die sich nur aus der patriarchalischen Entfremdung von der Natur erklären läßt.' *

* aus der Rede der Grünen-Abgeordneten Gabi Potthast bei der Frauendebatte

Betroffenheit aufnehmen, aufklären in verständlichen Worten und Zusammenhängen, zur Einmischung von Bürgerinnen/ern ermuntern, politische Aktivitäten fördern.

Frauen ins Düsseldorfer Rathaus

über die offene Liste 84 der Grünen

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

in Düsseldorf leben 576.249 Menschen. Davon sind über die Hälfte 310.982 = 54% Frauen und Mädchen. Im Düsseldorfer Stadtrat sind 83 Gewählte. Davon sind, na, raten Sie mal - wieviel Frauen? Genau 17.

Das wollen wir ändern.

Wir haben erkannt, daß unser ganzes - und zwar nicht zuletzt unser alltägliches - Leben letzten Endes Politik ist. Nur - wir erleben sie als Frauen oft von der rein passiven Seite.

Viele Entscheidungen, die ohne die Frauen getroffen werden, fallen häufig genug gegen sie aus. Nicht nur, weil viele wollen, daß alles so bleibt, sondern auch, weil Männern Erfahrungen fehlen, die Frauen alltäglich quälen.

Die meisten Frauen haben sich daran gewöhnt, viele widrige Umstände als "Schicksal" zu akzeptieren, statt als Ergebnis von Politik, die sie übersieht, vergißt, unberücksichtigt läßt. Aber wer kann das ändern - wenn nicht wir selbst?

Das war der Grundgedanke, mit dem wir im November 83 zum ersten Mal zusammenkamen.

Es trafen sich Frauen aus autonomen Frauengruppen, Frauen von der KOM'MA Redaktion, dem Christlichen Friedensforum, der Gruppe Alleinerziehender Mütter und Väter, der Gruppe Mütter für den Frieden, der Fraueninitiative 6. Oktober, Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen, Städtelternschaft, Hauswirtschaftsmeisterinnen, Frauenhaus Verein, Initiative Volksgarten, Frauengruppe bei den Grünen, u.v.a.

Die Initiative hatte von vornherein zwei Schwerpunkte. Den einen, Frauen zu finden, die bereit waren, im parlamentarischen Bereich zu arbeiten, den anderen, eine ständige Gruppe aufzubauen, die diese Frauen von außen über die ganzen fünf Jahre ausserparlamentarisch durch Informationen, Aktionen und Mitarbeit unterstützt. Wir gehen davon aus, daß politische Arbeit für Frauen nur dann wirksam sein kann, wenn die Vertreterinnen im Rat auf einen wirksamen und starken Druck der Frauen von außerhalb rechnen können.

An der Ausarbeitung des Wahlprogramms haben über 60 Frauen aus ungefähr 20 Initiativen mitgearbeitet.

verantwortl.: "Frauen ins Düsseldorfer Rathaus" über die offene Liste der GRÜNEN
Luisenstraße 7, 4 Düsseldorf 1, 38 38 61 Gedruckt bei TIAMAT DRUCK

Die "Frauen ins Düsseldorfer Rathaus" stellen zusammen mit grünen Frauen die Hälfte der Listenplätze der Grünen zur Kommunalwahl am 30.9.84. Weitere Frauen kandidieren als Direktkandidatinnen und für die Bezirksvertretung. Weitere Frauen werden als sachkundige Bürgerinnen für die Ausschüsse benannt werden.

Wir denken, es ist an der Zeit, daß die Politik von Frauen gemacht wird.
Frauenpolitik ist für uns menschliche Politik.

Die Männerpolitik, die wir haben, geht davon aus, Natur und Menschen nach ihren Ideen benutzen und verändern zu können. Ständiges Wirtschaftswachstum ist für sie Fortschritt. Aber: Geld kann man nicht essen.

Für uns bedeutet Fortschritt ein wechselwirkendes Verhältnis von Natur und Mensch, Frauen und Männern. Solange Frauen den Männern untertan sind, haben wir eine Politik der Beherrschung.

Wir wollen eine Politik ohne Beherrschung, damit wir eines Tages sagen können:

"STADTLUFT MACHT FREI!"

